

THEMA



IM LANDTAG

www.spd-fraktion-niedersachsen.de / Ausgabe 1 - Februar 2019

ENQUETE- KOMMISSION

WIE KANN DIE MEDIZINISCHE
VERSORGUNG IN NIEDERSACHSEN
GEWÄHRLEISTET WERDEN?

KUNSTPREIS VERLIEHEN

GERD SCHMIDT VANHOVE
AUSGEZEICHNET

NORD/LB GERETTET

EIN INTERVIEW MIT
UNSERER FINANZPOLITISCHEN
SPRECHERIN FRAUKE
HEILIGENSTADT



INHALT

GRUSSWORT DER FRAKTIONSvorsitzenden	3
-------------------------------------	---

ENQUETE-KOMMISSION GEstartet	4
------------------------------	---

INTERVIEW ZUR PFLEGEKAMMER	6
----------------------------	---

BILDUNGSFOREN: SCHULE(N) DER ZUKUNFT	8
--------------------------------------	---

VERLEIHUNG DES SPD-KUNSTPREISES	9
---------------------------------	---

MELDUNGEN DER LETZTEN WOCHEN	10
------------------------------	----

INTERVIEW ZUR NORD/LB	12
-----------------------	----

IMPRESSUM	14
-----------	----



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Jahr 2019 ist für den deutschen Parlamentarismus und die deutsche Sozialdemokratie von großer Bedeutung. Es ist ein Jahr der Jubiläen und des Gedenkens. So trat die Deutsche Nationalversammlung vor 100 Jahren erstmals in Weimar zusammen und begründete damit die erste gesamtdeutsche parlamentarische Demokratie. Wenige Tage später wählte sie den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten. Der Konstituierung der Nationalversammlung war die erste freie Wahl auf deutschem Boden vorausgegangen, bei der auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht ausüben konnten.

Von den 423 Abgeordneten der Nationalversammlung waren zwar „nur“ 37 Frauen, dennoch markiert diese Wahl einen Meilenstein in der Geschichte der Frauenbewegung. Leider ist der Anteil der Parlamentarierinnen in Bund, Ländern und Kommunen in den letzten Jahren wieder rückläufig und weit entfernt von 50 Prozent. Aus diesem Grund unterstützen wir als SPD-Landtagsfraktion die Initiative unserer Landespartei zur Erarbeitung eines niedersächsischen Parité-Gesetzes ganz ausdrücklich. In den letzten 100 Jahren ist es leider offenbar geworden, dass Freiwilligkeit und Selbstverpflichtungen der Parteien nicht zu einer paritätischen Besetzung der Parlamente führen. Es ist an der Zeit, daran etwas zu ändern!

Ihre Johanne Modder,
Fraktionsvorsitzende

ENQUETE-KOMMISSION ZUR MEDIZINISCHEN VERSORGUNG IN NIEDERSACHSEN NIMMT ARBEIT AUF



Mit Beginn des neuen Jahres hat die Enquete-Kommission zum Thema „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ ihre Arbeit aufgenommen. Bereits in der Plenarsitzung im November 2018 wurde im Landtag der Beschluss gefasst, diese ins Leben zu rufen.

Die Enquete-Kommission befasst sich mit der Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung einschließlich der Notfallversorgung in Niedersachsen und soll bis spätestens Ostern 2020 Ergebnisse vorlegen. Dabei werden auch die Bereiche der Digitalisierung und der Mobilität miteinbezogen. Dies ist insbesondere für die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum wichtig, da Lösungen in diesen Bereichen zu einer verbesserten medizinischen Versorgung führen können.

Uwe Schwarz, der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erklärt: „Die Sicherung der medizinischen Versorgung

gehört zu den Kernelementen der staatlichen Daseinsvorsorge. Allerdings haben insbesondere im Krankenhaussektor, dem originären Zuständigkeitsbereich der Länder, sowohl der medizinische Fortschritt als auch ein zunehmend harter Wettbewerb zu erheblichen Strukturveränderungen geführt. Unterm Strich hat dieser Strukturwandel zur Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern geführt, und diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Unsere Bürgerinnen und Bürger merken das, und es beunruhigt sie.“

Im Flächenland Niedersachsen stellen sich die Versorgungsstrukturen in der hausärztlichen, fachärztlichen und stationären Versorgung regional sehr unterschiedlich dar. Insbesondere in ländlichen Gebieten wird es immer schwieriger, freigebliebene Kassenarztsitze neu zu besetzen. Gleichzeitig werden ambulante Notfallpraxen immer stärker zweckentfremdet und durch Hilfesuchende vor Ort in die Regelversorgung einbezogen. Dieses gefährdet und blockiert dann teilweise die tatsächliche Notfallversorgung. Zielsetzung der Enquete-Kommission ist es daher, konkrete Vorschläge zu erarbeiten,



» istockfoto, monkeybusinessimages

wohnnah und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der niedersächsischen Bevölkerung auch in Zukunft gesichert werden kann.

Die Qualität und der Umfang der medizinischen Versorgung im Flächenland Niedersachsen sind Themen, die die Bürgerinnen und Bürger massiv umtreiben, und für die die Politik gemeinsam mit

den anderen Akteuren im Gesundheitssystem Lösungen finden muss. Angesichts des Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung können wir in diesem zentralen Bereich der Daseinsvorsorge nicht auf Zeit spielen, sondern brauchen zügig Ergebnisse.

Bei der Bekämpfung der versorgungstechnischen Probleme im

ländlichen Raum können Maßnahmen wie die Landarztquote wichtige Instrumente sein, um dem drohenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten in ländlichen Regionen zu begegnen. Solange es die ärztliche Selbstverwaltung mit ihrer Bedarfsplanung nicht schafft, die von Unterversorgung bedrohten Regionen in ausreichendem Maße ärztlich zu versorgen, halten wir

an einer Einführung der Landarztquote fest - nach dem Vorbild von NRW und Bayern, die eine entsprechende gesetzliche Regelung derzeit auf den Weg bringen. Die Einrichtung von zusätzlichen Studienplätzen im Fachbereich Medizin, die Unterstützung der Einrichtung von Behandlungseinrichtungen, in denen Arbeitsmöglichkeiten für junge Medizinerinnen und Mediziner geschaffen werden sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten sind weitere wichtige Bausteine zur Verbesserung der Versorgungssituation.

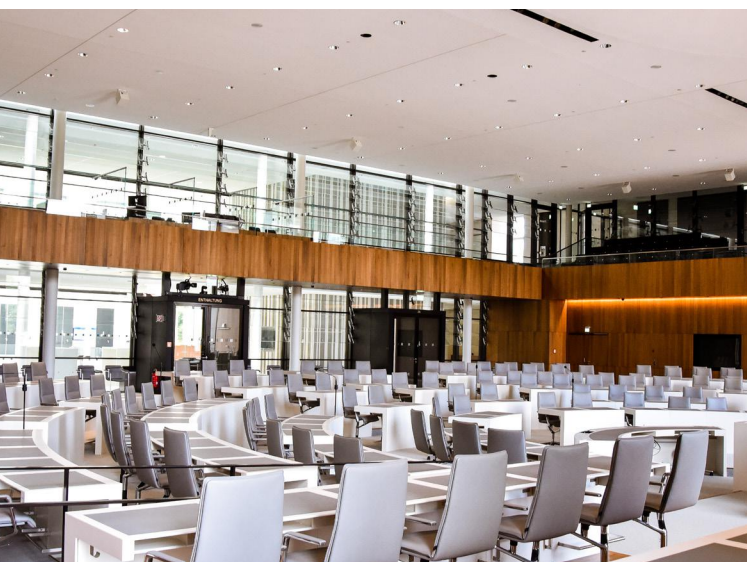


» Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Uwe Schwarz

Neben unserem sozialpolitischen Sprecher Uwe Schwarz sind für die SPD-Fraktion folgende Landtagsabgeordnete in der Enquete-Kommission vertreten:

- » Dr. Thela Wernstedt
- » Claudia Schübler
- » Oliver Lottke
- » Hanna Naber
- » Dr. Dörte Liebethuth

[Text: JH]



WAS IST EINE ENQUETE-KOMMISSION?

Eine Enquete-Kommission ist eine Arbeitsgruppe, die vom Parlament beauftragt wird, sich mit einer speziellen fachlichen Aufgaben und Fragestellung auseinanderzusetzen, Probleme zu analysieren, und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Im Gegensatz zu anderen Gremien im politischen Betrieb ist eine Enquete-Kommission nicht nur mit Mitgliedern des Landtags besetzt, sondern wird durch externe Sachverständige komplettiert.

INTERVIEW ZUR PFLEGEKAMMER



» SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder im Niedersächsischen Landtag

„DIE PFLEGEKAMMER MUSS JETZT LIEFERN!“

Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder, äußert sich im TiL-Interview zur Debatte über die Pflegekammer Niedersachsen und erklärt, warum die Kammer aus ihrer Sicht trotz großer Startschwierigkeiten eine zweite Chance verdient hat.

TiL: Spätestens seit Dezember letzten Jahres gibt es eine ausgesprochen kontroverse Debatte über den Sinn und Zweck der niedersächsischen Pflegekammer – worum geht es?

Johanne Modder: Ich habe den Eindruck, dass sich am Anlass der Gebührenbescheide der Pflegekammer Niedersachsen der über die Jahre angestaute Frust der Pflegekräfte über die Situation in ihrem Berufsfeld entlädt. Das ist auch verständlich, denn auch wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind seit vielen Jahren in diesem Bereich unterwegs und müssen trotz aller Bemühungen feststellen, dass der Pflegenotstand längst Realität ist und sich die Situation nicht zum Besseren verändert hat.

TiL: Wie sehen diese Bemühungen aus?

Modder: Unser Ziel war immer die Einführung eines flächendeckenden Tarifvertrags für die sozialen Berufe. Leider ist der Abschluss dieses Tarifvertrags insbesondere von VertreterInnen der Arbeitge-

berseite verhindert worden. Im Jahr 2012 wurde noch unter der schwarz-gelben Landesregierung eine repräsentative Umfrage unter den Pflegekräften durchgeführt, in der sich 67 Prozent der Befragten für die Einrichtung einer Pflegekammer aussprachen. Im Jahr 2016 wurde die Kammer dann schließlich nach langem Ringen unter Rot-Grün ins Leben gerufen, damit die Pflegekräfte endlich eine starke Interessenvertretung erhalten.

TiL: Warum braucht man dafür eine Kammer?

Modder: Die Pflegekräfte stellen mit rund 90.000 Personen allein in Niedersachsen die mit Abstand größte Berufsgruppe in unserem Gesundheitssystem. Bei Gesetzesänderungen und Entscheidungen, die sie direkt betreffen, saßen sie jedoch nie mit am Tisch – im Gegensatz beispielsweise zu den Ärztinnen und Ärzten, die in der Ärztekammer eine einflussreiche Interessenvertretung haben. Mit der Pflegekammer wollen wir auch den Pflegekräften eine starke Lobby geben.

„DIE PFLEGEKAMMER HAT EINE ZWEITE CHANCE VERDIENT“



» istockphoto, Halfpoint.

TiL: Warum müssen alle Pflegekräfte verpflichtend Mitglied in der Kammer sein?

Modder: Eine Interessenvertretung, die nur einen Bruchteil der Beschäftigten in diesem Bereich vertritt, hat kein Mandat, um auch wirklich für alle Pflegekräfte zu sprechen. Das sieht man ganz deutlich in Bayern, wo lediglich rund 1.000 von mehr als 180.000 Pflegekräften auf freiwilliger Basis Mitglied in einem sogenannten ‚Pflegering‘ sind. Eine Kammer hingegen ist schon rechtlich durch die Pflichtmitgliedschaft definiert. Dadurch ist aber auch sichergestellt, dass sie das nötige Gewicht hat, um den Beschäftigten in der Branche eine starke Stimme zu geben. Das wird im Übrigen auch in anderen Bundesländern so gesehen: Das schwarz-gelb regierte NRW macht sich gerade auf Weg zur Gründung einer Kammer, und auch der Bundesgesundheitsminister erwägt eine Gründung auf Bundesebene.

TiL: Viele Pflegekräfte reagieren mit Unverständnis und Frust auf die Beitragsbescheide der Pflegekammer Niedersachsen, die im Dezember 2018 verschickt wurden...

Modder: ...und auch das ist nur zu gut verständlich! Die Art und Weise, wie diese Bescheide gestaltet und formuliert waren, hat zu einem großen Vertrauensverlust in die Kammer geführt – das wissen wir. Die Präsidentin der Kammer hat sich jedoch mehrfach öffentlich für diesen schweren Fehler entschuldigt und innerhalb kürzester Zeit eine Änderung der Beitragsordnung durchgesetzt.

Durch die neue Beitragsordnung zahlen viele Pflegekräfte gar keinen Beitrag mehr, und die pauschale Forderung nach dem Höchstbeitrag wurde ebenfalls gestrichen – stattdessen gruppieren sich die Pflegekräfte nun selbst ein.

TiL: Dennoch gibt es weiter Proteste gegen die Pflegekammer...

Modder: Die Kammer hat einen denkbar schlechten Start hingelegt und den kann man auch nicht rückgängig machen. Aus unserer Sicht muss sie nun schleunigst zeigen und beweisen, dass sie für die Pflegekräfte etwas erreichen kann und einen Mehrwert darstellt. Die Kammer muss jetzt liefern. Nur so kann sie Vertrauen zurückgewinnen und die Akzeptanz der Pflegekräfte erlangen. Wir sind bereit, der Pflegekammer diese Chance zu geben. Im Übrigen sieht der Koalitionsvertrag für Niedersachsen vor, die Kammer zur Hälfte der Wahlperiode, also im nächsten Jahr, einer Evaluation zu unterziehen. Bis dahin sollten wir die Verantwortlichen allerdings ihre Arbeit machen lassen.

TiL: Was wäre denn die Alternative zu einer Pflegekammer?

Das ist genau das, was mich an einer bestimmten Art der Pauschalkritik stört: Wer die Pflegekammer jetzt in Frage stellt, hat damit absolut nichts für die Pflegekräfte und die zu Pflegenden in unserem Land erreicht. Ich kann und werde aber nicht akzeptieren, dass die Politik zu diesem so wichtigen Thema sagen muss: „Wir haben es versucht, aber wir konnten nichts für euch erreichen.“

[Text: OG]



FINALE IN OLDENBURG

Wer bislang die Chance verpasst hat und nicht an den Veranstaltungen in Braunschweig oder Hameln teilnehmen konnte, allerdings trotzdem daran interessiert ist, mit uns gemeinsam neue Wege für die Schule der Zukunft zu denken, ist herzlich eingeladen an der dritten und letzten Veranstaltung unserer Bildungsreihe „Schule(n) der Zukunft“ teilzunehmen. Am 22.03.2019 findet unsere Veranstaltung dem Titel „Die demokratische Schule“ der Abschluss in Oldenburg statt.

Bildungsforum: Die demokratische Schule
22. März 2019 | 16 Uhr | Graf-Anton-Günther-Schule
Schleusenstraße 4 | 26135 Oldenburg

VERANSTALTUNG: SCHULE(N) DER ZUKUNFT

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Schule(n) der Zukunft“ haben wir uns als SPD-Fraktion mit zahlreichen Akteurinnen und Akteuren aus dem schulischen Kontext getroffen und die Zukunft der Schule sowie ihr allgemeines Konzept weiter gedacht.

Unter dem Titel „Die digitale Schule“ haben wir bei unserer Auftaktveranstaltung mit zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die Digitalisierung der Schule, Chancen, Risiken und Umsetzungsmöglichkeiten gesprochen. Hierbei ging es nicht nur um interaktive Tafeln, sondern auch um technische Befähigungen des Lehrpersonals, den Datenschutz oder aber auch „digitale“ Hausmeister. Mit der Methode des World Cafés haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur den derzeitigen Ist- und Wunschzustand beschrieben, sondern konkrete Handlungsempfehlungen der Politik mit an die Hand gegeben. Besonderheit des Formats: Unsere Landtagsabgeordneten aus dem Arbeitskreis Kultus waren zwar als Gesprächspartner mit am Tisch und vor Ort, allerdings als passive, zuhörende Gesprächspartner und nicht als referendierende Akteure.

Am Folgetag standen unter dem Titel „Attraktive Schulformen der Zukunft“ in Braunschweig weitere spannende Gespräche auf der Tagesordnung. Auch hier folgte neben der Benennung von derzeitigen Fehlentwicklungen sowie den Wünschen der Verbesserung eine klare Forcierung von Handlungsempfehlungen an die Politikerinnen und Politiker.

Gemeinsam mit den Anwesenden wurden klare Zukunftsvisionen einer modernen und innovativen Bildungslandschaft in Niedersachsen entworfen. Die Ergebnisse der Bildungsforen werden in Form eines im kommenden Jahr folgenden Kongresses gebündelt und in eindeutigen Handlungsanweisungen angegangen.

[Text: JH]



» Unser Abgeordneter Christoph Bratmann bei der Veranstaltung in Hameln



» Unsere Abgeordneten Markus Bosse und Stefan Politze im Gespräch bei der Veranstaltung in Braunschweig



» Unser Abgeordneter Stefan Politze mit einem Resümee der Ergebnisse aus der Hamelner Auftaktveranstaltung

SPD-KUNSTPREIS VERLIEHEN



Verleihung des Kunstpreises der SPD-Landtagsfraktion

» v.l.n.r.: Dr. Susanne Pfleger (Laudatorin), Hanna Naber (kulturpolitische Sprecherin), Johanne Modder (Fraktionsvorsitzende), Preisträger Gerd Schmidt Vanhove und Siegfried Neuenhausen (Laudator und Förderer des Künstlers).

Gerd Schmidt Vanhove ist 30. Träger des Kunstpreises der SPD-Landtagsfraktion

Am 22. Januar 2019 wurde der Künstler Gerd Schmidt Vanhove in den Räumlichkeiten des Sprengel Museums mit dem Kunstpreis der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ausgezeichnet.

„Gerd Schmidt Vanhove ist ein Künstler, der mit seinen Werken auf seine ganz besondere Art auf die Wegwerf-Mentalität unserer Gesellschaft hinweist und dessen Werk uns aufrüttelt und nachdenklich stimmt“, so die Fraktionsvorsitzende, Johanne Modder, die den Preis feierlich überreichte.

Das Werk des Künstlers, der 1950 in Hannover geboren wurde und auch heute dort lebt und arbeitet, ist geprägt von der künstlerischen Verarbeitung von Produkten der Wegwerfgesellschaft. Verwitter-

tes Holz, altes Plastik und Industriemüll – Schmidt Vanhove schafft aus diesen Materialien für den Betrachter bisweilen rätselhafte Kunstwerke, die auch die Schattenseiten der Konsumgesellschaft ausleuchten.

Schmidt Vanhove ist der mittlerweile 30. Träger des Kunstpreises der SPD-Landtagsfraktion, der seit dem Jahr 1988 ausgelobt wird. Der mit 5.500 Euro dotierte Preis wurde seinerzeit vom früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden und späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit dem früheren SPD-Fraktionsgeschäftsführer Reinhard Scheibe ins Leben gerufen. Über die Preisträgerinnen und Preisträger entscheidet eine neunköpfige Jury, die mit Persönlichkeiten aus der niedersächsischen Kunst- und Kulturszene besetzt ist.

[Text: OG]

PRESSEMITTEILUNGEN



UWE SANTJER

Peilsender für Gefahrgutcontainer

Der Niedersächsische Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies, hat im Bundesrat eine gemeinsame Initiative Niedersachsens und Schleswig-Holsteins in den Bundesrat eingebracht. Sie sieht vor, dass Gefahrcontainer auf Containerschiffen zukünftig mit Peilsendern ausgestattet werden sollen, um sie im Falle einer notwendigen Bergung auf See schneller auffinden zu können.

„Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wurde nicht zuletzt durch die Havarie der MSC Zoe zu Beginn dieses Jahres deutlich, bei der mehrere Gefahrgutcontainer über Bord gegangen sind“, erklärt der hafenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Santjer. „Diese Container konnten trotz enormer Anstrengungen bis heute nicht geborgen werden – die angestrebte Ausstattung mit Peilsendern ist vor diesem Hintergrund eine logische Konsequenz.“

„Neben der verpflichtenden Ausstattung von Gefahrgutcontainern mit Peilsendern muss sichergestellt sein, dass der Ladungssicherung schon im Hafen oberste Priorität eingeräumt wird. Dazu gehört aus unserer Sicht, dass das Laschen und Entlaschen von Containerschiffen von fachkundigem und gut ausgebildeten Hafenpersonal erledigt wird“.



ALEXANDER SAIPA

Artikel 13 - Uploadfilter

„Die vorläufige Einigung auf europäischer Ebene zum Leistungsschutzrecht ist zwar in einigen Punkten sinnvoll, um das Urheberrecht an die neue Zeit anzupassen.

Dies gilt allerdings nicht für Artikel 13 der Einigung, der praktisch zwangsläufig die Einrichtung von Uploadfiltern nach sich zieht, da sich Unternehmen gegen Strafzahlungen wegen Urheberrechtsverletzungen absichern müssen.

Aus unserer Sicht ist das hochproblematisch: Automatisch vorgeschaltete Filter gefährden große Teile der Netzkultur, da sie Zitate oder Satire von echten Verstößen nicht unterscheiden können. Die Vorabfilterung von Inhalten ist nach einem Urteil des EuGHs zudem ein Eingriff in die Privatsphäre und verstößt gegen das Recht auf Meinungsfreiheit. Auch der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU im Bund schließt dieses Instrument explizit aus. Das Europäische Parlament sollte jetzt den Mut haben, das Thema noch einmal ganz neu anzupacken. Die Europa-Abgeordneten sind die einzigen, die die flächendeckende Einführung der Uploadfilter noch verhindern können“.



DIRK ADOMAT

„Rettet die Bienen“

In Bayern erhält ein Volksbegehren zum Artenschutz unter dem Motto „Rettet die Bienen“ riesigen Zuspruch und konnte bereits mehr als 950.000 UnterstützerInnen gewinnen. Die niedersächsischen Regierungsfractionen von SPD und CDU haben für den Haushalt 2019 im Rahmen der sogenannten „politischen Liste“ insgesamt 725.000 Euro zusätzlich für den Artenschutz und die Förderung der Artenvielfalt bereitgestellt.

„Aus unserer Sicht handelt die bayrische Landesregierung fahrlässig, wenn sie dies weiter ignoriert“, so der SPD-Umweltpolitiker Dirk Adomat. Niedersachsen sei in diesem Bereich hingegen gut aufgestellt. „Mit dem Bieneninstitut in Celle, das international höchste Anerkennung genießt, verfügen wir in Niedersachsen über großes Know-How. Wenn wir in diesen Themenfeldern weitere Fortschritte machen wollen, brauchen wir unsere Landwirtinnen und Landwirte als Partner, nicht als Gegner.“

Der SPD-Politiker hebt zudem die Blühstreifenprogramme der SPD-geführten Landesregierung hervor: Die Regierungsfractionen von SPD und CDU haben zu diesem Zweck allein 500.000 Euro für Projekte in den Kommunen vor Ort bereitgestellt.

PRESSEMITTEILUNGEN



STEFAN POLITZE

Unterrichtsversorgung in Niedersachsen

„Die von Kultusminister Grant Hendrik Tonne vorgestellten Zahlen zur Unterrichtsversorgung an niedersächsischen Schulen zeigen den konstanten Erfolg guter sozialdemokratischer Bildungspolitik. Die Steigerung der Unterrichtsversorgung um 0,7 Prozent auf einen durchschnittlichen Wert von 99,4 Prozent unterstreicht, dass die SPD-geführte Landesregierung ihr schulpolitisches Engagement weiter intensiviert hat.

Diese erfreuliche Verbesserung darf nicht abschließend zufriedenstellen. Die vollständige, mindestens einhundertprozentige Unterrichtsversorgung bleibt unser Ziel, das wir in den nächsten Jahren weiterhin im Bildungsbereich forcieren werden. Die Einstellung von 1.137 neuen Lehrkräften ist ein deutlich positives Signal für Niedersachsens Schulen, gerade vor dem Kontext, dass man mehr Stellen neu besetzen konnte als durch Pensionierungen frei geworden sind.

Besonders lobend hervorzuheben sind die von Minister Tonne präsentierten Maßnahmen zur Lehrerentlastung und Reduzierung von Bürokratie. Vorgestellte Instrumente könnten unter anderem die Aussetzung von Vergleichsarbeiten, der Wegfall von Dokumentationspflichten sowie die Reduzierung der Anwesenheitspflicht bei Fachkonferenzen sein“.



VOLKER SENFTLEBEN

Niedersachsen bleibt Windenergieland

„Mit unserem Entschließungsantrag zur Zukunft der Windenergiebranche senden wir ein deutliches Signal an die Bundesregierung: Wir wollen, dass die Energiewende ein Erfolg wird, und dafür brauchen wir einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Der ‚Aufruf Windenergie‘ der norddeutschen Bundesländer und der Verbände der Windenergiebranche aus dem September 2018 verdeutlicht noch einmal: Wir brauchen endlich die angekündigten Sonderausschreibungen für Onshore-Anlagen und die Öffnung des Ausbaudeckels im Offshore-Bereich.

56.000 Menschen arbeiten in der niedersächsischen Windindustrie oder sind direkt von ihr abhängig. Mehr als 1.000 Jobs sind durch die Verlagerung von Produktionsanlagen ins Ausland bereits verlorengegangen. Wir als SPD-Fraktion wollen, dass diese negative Entwicklung aufgehalten wird und die Arbeitsplätze auch in Zukunft erhalten bleiben. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen und Kontinuität beim Ausbau der erneuerbaren Energien.“



DR. SILKE LESEMAN

Chancen der Künstlichen Intelligenz

Dr. Silke Lesemann zu unserem im Plenum eingebrachten Antrag mit dem Titel „Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen“:

„Die technologischen Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) haben das Potential, unsere Gesellschaft fundamental zu verändern.

Chancen, Möglichkeiten und Risiken von KI für unsere Gesellschaft hängen allerdings ganz entscheidend davon ab, wie wir die Weiterentwicklung dieser Technologien künftig unterstützen, und unter welchen ethischen Aspekten und demokratischen Kontrollmechanismen wir dies tun.

In diesem Zusammenhang müssen Themen wie der Umgang mit Datensicherheit und Cyber-Kriminalität sowie Fragen des Urheberrechts diskutiert werden. Der Fortschritt in diesem Bereich darf keinesfalls nur der Wirtschaft und Großkonzernen überlassen werden. Wir sollten den Mut haben, eine spezifisch niedersächsische KI-Strategie zu entwickeln, die unsere Standortstärken weiterentwickelt.“

Frauke Heiligenstadt

zur Nord/LB

Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Frauke Heiligenstadt, erklärt im Interview, warum das Land Niedersachsen ein großes Interesse am Erhalt der Nord/LB hat, und warum trotzdem kein Steuergeld in die Landesbank fließen soll.

TiL: Anfang Februar ist der Niedersächsische Landtag zu einer Sondersitzung zusammengekommen, Thema der Sitzung war ausschließlich die Nord/LB. Was war passiert?

Frauke Heiligenstadt: Die Landesregierung hat gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband eine Lösung für die Eigenkapitalprobleme der Nord/LB gefunden und diese Lösung den Abgeordneten in einer Sondersitzung des Landtags vorgestellt. Im Grunde war es eine großangelegte Unterrichtung, weil die Nord/LB eine so große Bedeutung für das Land Niedersachsen hat.

TiL: Seit der Finanzkrise genießen die deutschen Landesbanken einen eher zweifelhaften Ruf. Viele denken sofort an die HSH Nordbank aus Hamburg oder die WestLB aus NRW, die im Zuge der Finanzkrise unter Einsatz von Milliarden an Steuergeldern abgewickelt werden mussten. Warum ist die Lage der Nord/LB anders zu bewerten?

Heiligenstadt: Im Gegensatz zu den genannten ehemaligen Landesbanken ist die Nord/LB im Kern eine gesunde Bank mit profitablen und gut funktionierenden Geschäftsbereichen. Sie ist beispielsweise der größte Agrarfinanzierer Deutschlands, eine der führenden Banken beim Thema regenerative Energien und eine der größten Banken im Bereich der Unternehmensfinanzierungen des norddeutschen Mittelstandes.

TiL: Was ist dann der Grund für die Probleme der Bank?

Heiligenstadt: Was die Nord/LB in Schwierigkeiten gebracht hat, war das zwischen 2004 und 2009 eingegangene ‚Klumpenrisiko‘ im Bereich der Schiffskredite. Aufgrund zahlreicher Kreditausfälle in diesem Geschäftsfeld verfügt die Nord/LB nicht mehr über genug Eigenkapital, um den gleichzeitig gestiegenen Anforderungen der Europäischen Bankenaufsicht gerecht zu werden. Hinzu kam, dass sich die Schiffsbranche, und hier in erster Linie die Containerschiffe, über eine lange Zeit in einer massiven Krise befand und zum Teil auch noch befindet.

TiL: Wie wird dieses Problem nun gelöst?

Heiligenstadt: Zum einen sollen die verbliebenen Schiffskredite aus der Bilanz der Bank herausgelöst und die Eigenkapitaldecke der Nord/LB gestärkt werden. Gleichzeitig soll es einen Umbau der Bank geben. An dessen Ende wird eine deutlich verkleinerte Landesbank stehen, die in den verbleibenden Geschäftsbereichen jedoch profitabel arbeiten wird.



» Die haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Frauke Heiligenstadt

TiL: Welche Rolle spielt das Land Niedersachsen dabei?

Heiligenstadt: Die genauen Details werden noch zu klären sein, aber die Grundzüge der Einigung mit dem Sparkassen- und Giroverband sehen vor, dass das Land eine Beteiligungsgesellschaft gründen wird, die für die Nord/LB Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen soll. Damit kann die Eigenkapitaldecke der Bank gestärkt werden, sodass sie den Anforderungen der Europäischen Bankenaufsicht gerecht wird.

„ÖFFENTLICH-RECHTLICHE LÖSUNG VOR PRIVATEN INVESTOREN“

TiL: Also wird die Bank mit Steuergeld gerettet?

Heiligenstadt: Es wird kein zusätzliches Geld aus dem Landeshaushalt dafür verwendet. Der Plan der Landesregierung sieht vor, dass die aufgenommenen Kredite mit zukünftigen Gewinnen bzw. Dividenden der deutlich verkleinerten und damit effizienteren Nord/LB bedient werden können. Dadurch würde die Bank ihre Schulden – vereinfacht ausgedrückt – selbst abbezahlen. Das war auch immer unsere Haltung als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Wir sind der Ansicht, dass sich die Nord/LB natürlich selbst tragen muss.

TiL: Was bedeutet der beschriebene Umbau der Nord/LB für die rund 6.000 Beschäftigten der Bank?

Heiligenstadt: Das ist sicherlich die Schattenseite der Vereinbarung. Die deutlich verkleinerte Nord/LB wird die Zahl der Arbeitsplätze verringern müssen, das ist heute bereits absehbar. Die genaue Zahl der Arbeitsplätze hängt vom genauen zukünftigen Geschäftsmodell der Bank ab. Es wird aber auch ein Teil der Arbeitsplätze lediglich verlagert werden, wenn zum Beispiel Geschäftsfelder durch Dritte übernommen werden. Dabei ist der Arbeitsplatzabbau möglichst sozialverträglich zu gestalten. Man muss aber ganz klar sagen: Von allen Optionen, die für die Nord/LB auf dem Tisch lagen, ist die nun gefundene Lösung mit Abstand die beste.

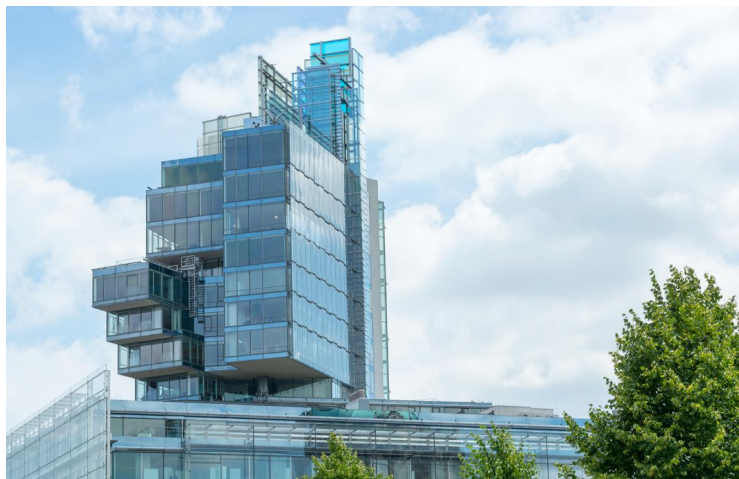
TiL: Warum?

Heiligenstadt: Sowohl ein Verkauf der Bank an private Investoren als auch eine komplette Abwicklung der Nord/LB wären in jedem Fall mit massiven Verlusten von Landesvermögen und einem deutlich drastischen Arbeitsplatzabbau verbunden gewesen. Das Land hätte beispielsweise die Pensionszahlungen der MitarbeiterInnen in Höhe von rund 80 Millionen Euro pro Jahr übernehmen müssen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die rund 6.000 Arbeitsplätze in Gänze hätten wegfallen können.

TiL: Welche Folgen hat die beschriebene Lösung für die Sparkassen in Niedersachsen?

Heiligenstadt: Die Sparkassenorganisationen haben Verantwortung als Mitanteilseigner der Nord/LB übernommen und werden einen Teil der Kosten dieser Lösung tragen. Welche Folgen das für einzelne Sparkassen im Land haben wird, ist heute noch nicht vollständig absehbar. Klar ist aber, dass eine Abwicklung der Nord/LB noch gravierendere Folgen für die Sparkassenlandschaft gehabt hätte. Wie die einzelne Sparkasse mit den jeweiligen Konsequenzen umgeht, wird sehr unterschiedlich sein. Da dürfen und wollen wir uns als Landespolitik nicht einmischen.

[Text: OG]



DAS NORD/LB-HAUPTGEBÄUDE IN HANNOVER.

» istockphoto, villy_yovcheva.

**„NICHTS KOMMT VON
SELBST. UND NUR
WENIG IST VON DAUER.
DARUM — BESINNT
EUCH AUF EURE KRAFT
UND DARAUF, DASS
JEDE ZEIT EIGENE
ANTWORTEN WILL
UND MAN AUF IHRER
HÖHE ZU SEIN HAT,
WENN GUTES BEWIRKT
WERDEN SOLL.“**

- WILLY BRANDT



HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: René Kopka, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Oliver Grimm, Jan Hartge, Eva Güntzel

Design und Satz: Jan Hartge



www.spd-fraktion-niedersachsen.de



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.instagram.com/spd.fraktion.niedersachsen)



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)



SPDLTND@LT.Niedersachsen.de